

Stand: 06.05.2025 13:32:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9400

"Polizei am Limit: Belastung erkennen und Abhilfe schaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9400 vom 09.12.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 10.12.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10046 des KI vom 16.02.2016
4. Beschluss des Plenums 17/10405 vom 08.03.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 67 vom 08.03.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Polizei am Limit: Belastung erkennen und Abhilfe schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die bayerischen Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen zu entlasten.

Hierzu sind die folgenden Forderungen umzusetzen:

1. Insbesondere im Bereich der Bayerischen Bereitschaftspolizei
 - a) ist die dauerhafte Missachtung der gesetzlichen Arbeitsschutzbestimmungen zu beenden;
 - b) sind Bereitschaftszeiten und angeordnete „Zwangsfreizeiten“ außerhalb des Dienstortes als 1 : 1 - Dienst anzuerkennen;
 - c) ist darauf zu achten, bei Einsätzen mit einem der tatsächlichen Lage angepassten Kräfteinsatz zu planen;
 - d) ist die tragbare Einsatzbelastung mit angemessenen und notwendigen Erholungsphasen zu gewährleisten;
 - e) ist sicherzustellen, dass pro Monat mindestens ein im Voraus planbares freies Wochenende verfügbar ist.
2. Schaffung von zeitnahen und planbaren Abbaumöglichkeiten des angesammelten hohen Überstundenbergs und alternativ Abgeltung durch Auszahlung bei der gesamten Bayerischen Polizei.
3. Fundierte Evaluation und Aufgabenkritik der gegenwärtigen Einsatzgebiete der gesamten Bayerischen Polizei, mit dem Ziel Ressourcen dorthin umzuschichten, wo sie angesichts der aktuellen Gefahrenlage am dringendsten benötigt werden.
4. Einstellung von zusätzlichen Tarifbeschäftigten zur Entlastung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten an den hierfür geeigneten Stellen.
5. Erarbeitung von Gesetzesinitiativen zur Entkriminalisierung von Bagatelldelikten (z.B. Ladendiebstahl, geringfügige Mengen des Besitzes von Cannabis zum Eigengebrauch, Beförderungerschleichung - sog. „Schwarzfahren“).

Begründung:

Die Einsatzbelastung der gesamten Bayerischen Polizei ist in diesem Jahr auf einem erschreckenden Niveau angelangt. Auch nach dem G7-Einsatz ist im Arbeitsalltag der Polizistinnen und Polizisten längst keine Normalität eingetreten. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz bleibt somit vielerorts auf der Strecke. Die Staatsregierung muss dieser Entwicklung schnell und effektiv begegnen und Abhilfe zu schaffen.

Einsatzbedingte Ausnahmeregelungen bei der Bereitschaftspolizei (BePo) drohen zur andauernden Normallage zu werden. Es steht befürchten, dass die Motivation junger Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen, nach der Polizeiausbildung zur BePo zu gehen, weiter sinkt, viele Absolventen ziehen den sofortigen Eintritt in den Einzeldienst vor. Hier ist mit konkreten Maßnahmen entgegenzuwirken.

Die zwischenzeitlich angelaufenen Überstunden müssen entweder zeitnah abgebaut werden oder es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, um diese Mehrarbeit finanziell auszugleichen.

Die Staatsregierung muss die Bayerische Polizei angesichts der außergewöhnlichen Belastungslage einer fundierten Aufgabenkritik unterziehen, damit die vorhandenen Ressourcen optimal und lageangepasst genutzt werden können.

Die zusätzliche Einstellung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten begrüßen wir. Da der Einstellung allerdings eine mehrjährige Ausbildung vorausgeht, ist es erforderlich, zusätzliche Tarifangestellte an den geeigneten Stellen (z.B. Verwaltung) einzustellen, um eine unmittelbare Entlastung zu schaffen.

Zudem ist die Bayerische Polizei an vielen Stellen in der Bearbeitung von zeitraubenden Bagatelldelikten gebunden. Hier ist die Staatsregierung aufgefordert, Gesetzesinitiativen zu erarbeiten, um Bagatelldelikte sinnvoll zu entkriminalisieren.

Das ist der Ton des Landkreistages. Ich habe dessen Resolution sogar hier.

Präsidentin Barbara Stamm: Nach der Geschäftsordnung ist das, was Sie jetzt machen, eigentlich gar nicht erlaubt.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): – Gut. – Das ist der Ton des Bayerischen Landkreistages. Dies ist ganz wichtig. Es handelt sich zwar um einen Entwurf; dieser wird aber schon intensiv in den Gremien diskutiert. Wir müssen rechtzeitig dagegen vorgehen. Uns ist es zu wenig, dass Sie sagen, der Entwurf sei spannend und werde von Ihnen mitgetragen, wir würden unnötig Ängste schüren. Ich muss darüber lachen. Der Städtetag, der Landkreistag und kommunale Abfallbetriebe sagen und kritisieren genau dies. Schüren sie also auch Ängste? Schüren die Kommunen auch Ängste? Das kann ich nicht begreifen, Herr Hünnerkopf. Was Sie hier sagen, ist auch sachlich falsch. Es besteht, wie gesagt, die Gefahr, dass die Kommunen ihre Einflussmöglichkeit verlieren.

Ich bin seit 25 Jahren im Umweltausschuss des Kreistages Miltenberg. In der nächsten Kreistagssitzung am 17. Dezember steht dieses Thema auf der Tagesordnung. Am Schluss der Einladung steht: Wir bitten Sie, die vom Bayerischen Landkreistag ausgearbeitete Resolution dem Kreistag vorzulegen und zuzustimmen. Mit dieser Resolution sollen wir uns an unsere Bundes- und Landtagsabgeordneten wenden. Das werden wir im Landkreis Miltenberg am 17. Dezember beschließen. Ich habe die Anregung schon aufgenommen. Deshalb haben wir heute diesen Antrag eingebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: War das jetzt ein Antrag, oder was war das? Soll namentlich abgestimmt werden, nachdem von der Bedeutung dieser Anträge gesprochen wurde?

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Über unseren ja!)

– Namentliche Abstimmung zu einem bedeutenden Thema. Kolleginnen und Kollegen, da machen die Schlussworte heute große Freude, kann ich nur sagen.

Jetzt habe ich keine Wortmeldungen mehr. Dann unterbreche ich die Sitzung für 15 Minuten, weil ich keine Freude habe, jetzt die Schlussworte zu sprechen. Ich unterbreche also für 15 Minuten und rufe dann zur namentlichen Abstimmung auf.

(Unterbrechung von 13.31 bis 13.46 Uhr)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich in der Sitzung fortfahren kann. – Ich kann nur abstimmen lassen, wenn Sie alle Ihre Plätze wieder eingenommen haben.

Da wir die Anträge in der Abstimmung wieder trennen, lasse ich zunächst über den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/9375 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/9398 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion und FREIE WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung zum Antrag der CSU auf Drucksache 17/9397. Die Urnen stehen bereit. Ist das Hohe Haus mit einer Verkürzung der Zeit auf drei Minuten einverstanden?

(Zurufe: Ja!)

Ich höre keinen Widerspruch. Ich bitte, nun die Stimmkarten abzugeben.

(Namentliche Abstimmung von 13.47 bis 13.50 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich beende die Abstimmung und bitte darum, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis geben wir noch bekannt.

Jetzt möchte ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD betreffend "Salmonellen-Skandal: Rückhaltlose Aufklärung und Durchsetzung des Verbraucherschutzes auch in Bayern!", Drucksache 17/9374, bekannt geben. Mit Ja haben 62 gestimmt. Mit Nein haben 88 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Kolleginnen und Kollegen, die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/9376 bis 17/9380 und 17/9399 bis 17/9401 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Damit hat das auch seine Richtigkeit.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere
Sicherheit und Sport**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Katharina Schulze u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/9400**

**Polizei am Limit: Belastung erkennen und Abhilfe
schaffen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Katharina Schulze**
Mitberichterstatter: **Manfred Ländner**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 45. Sitzung am 27. Januar 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 34. Sitzung am 16. Februar 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 97. Sitzung am 16. Februar 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/9400, 17/10046

Polizei am Limit: Belastung erkennen und Abhilfe schaffen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Abg. Katharina Schulze

Abg. Manfred Ländner

Abg. Joachim Hanisch

Staatssekretär Gerhard Eck

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 11 bis 13 auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Polizei am Limit - Bayerische Polizeibeamte schnellstmöglich entlasten
(Drs. 17/9399)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

**Polizei an der Schmerzgrenze - Sofortmaßnahmen zur Entlastung ergreifen
(Drs. 17/9377)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Polizei am Limit: Belastung erkennen und Abhilfe schaffen (Drs. 17/9400)

Dazu hat als Erste Frau Kollegin Gottstein das Wort.– Frau Kollegin Gottstein ist nicht da. Mir wurde auch niemand anderer gemeldet. Damit ist die Redezeit verfallen. – Dann darf ich Herrn Professor Gantzer aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bei unseren drei Anträgen geht es um die Zustände bei der bayerischen Polizei. Es geht vor allem um die enorme Belastung unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Wir haben im Innenausschuss lange darüber diskutiert. Im Grunde kann man sagen, dass die Argumente ausgetauscht sind. Die CSU hat unseren Anträgen nicht

zugestimmt. Eigentlich könnte man es dabei belassen, weil man weiß, dass auch die heutige Diskussion nicht dazu führen wird, dass Sie unseren Anträgen zustimmen. Ich freue mich, dass der Herr Staatssekretär da ist, der letztlich auch ein alter Haudegen in diesem Geschäft ist.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Alter Haudegen? Junger Haudegen!)

Er weiß, wovon wir reden. Deswegen will ich nur zwei Anmerkungen machen, weil ich glaube, dass hier seitens der CSU nicht richtig gehandelt wird.

Erstens. Herr Staatssekretär, uns wird im Augenblick andauernd das Argument entgegengehalten, dass die Polizei in Bayern mit über 41.000 Beamtinnen und Beamten den höchsten Personalstand aller Zeiten habe. Das stimmt, liebe Kollegen und Kolleginnen. Diese Zahl ist richtig. Aber trotzdem ist die Konsequenz falsch, die Sie daraus ziehen, nämlich dass bei der Polizei alles in Ordnung sei. Das ist genauso, wie wenn Sie einem Ertrinkenden sagen würden, kein Problem, wir werden das Wasser um fünf Zentimeter absenken. Deswegen befindet er sich trotzdem noch in Gefahr zu ertrinken. Bei der Polizei besteht weiter die Gefahr, in der Arbeit zu ertrinken.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Berechnung ist deshalb falsch, liebe Kollegen und Kolleginnen, weil seit der letzten Sollstärkenberechnung die bayerische Bevölkerung um 1,5 Millionen Menschen zugenommen hat. Das heißt, Sie argumentieren mit veralteten Zahlen und nehmen gar nicht zur Kenntnis, dass Bayern um 1,5 Millionen Einwohner größer geworden ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Hinzu kommt, dass im gleichen Zeitraum die Kriminalität geradezu explodiert ist. Abgesehen von der "normalen" Kriminalität haben wir im Augenblick die Terrorgefahr, die Flüchtlingssituation, die Cyberkriminalität und überhaupt alle neuen Kriminalitätsformen. Und Ihnen fällt dazu nur ein zu sagen, wir haben ja mehr Polizeibeamte, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, dass wir mehr Einwohner und mehr Kriminalität, beson-

ders schwere Kriminalität, haben. Deswegen gefällt es mir gar nicht, wenn ich in der Presseerklärung des Innenministers lesen muss, dem könne man dadurch abhelfen, dass man Obergrenzen für Flüchtlinge schafft. Nein, Herr Staatssekretär! Schaffen Sie statt Obergrenzen für Flüchtlinge lieber Obergrenzen für die Belastung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Das wäre wichtiger.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Zweitens. Ich komme zur persönlichen Situation der Polizeibeamten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich frage Sie: Wieswegen geht man zur Polizei? Eigentlich weiß nämlich jeder, dass der Beruf des Polizeibeamten kein normaler Broterwerbsberuf ist. Er ist abgesehen vom Soldatenberuf der einzige Beruf, in dem man bereit sein muss, im Einsatz Leib und Leben zu opfern. Wieswegen ist der Polizeibewerber dazu bereit? – Weil er idealistisch ist. Weil er weiß, dass er etwas für die Gemeinschaft leistet. Er gibt Bürgerinnen und Bürgern durch seine Arbeit Sicherheit in dieser Gesellschaft. Sicherheit ist ein ganz hohes Gut. Wir haben es also mit einer besonderen Spezies von Mensch zu tun, die in den Polizeiberuf geht.

Auf der anderen Seite muss man sich fragen, was der Polizeibeamte und die Polizeibeamtin dafür bekommen. Wenn sie bei der Bereitschaftspolizei sind, bekommen sie höchstens ein garantiertes freies Wochenende im Monat und Überstunden zuhauf – im Augenblick haben wir bei der Polizei insgesamt in Bayern zwei Millionen Überstunden. Wenn ich das auf den einzelnen Polizeibeamten umrechne, haben wir eine ganz hohe Zahl mit über 100 Überstunden. Viele haben über 200 Überstunden.

Was bekommen sie weiter? – Sie bekommen eine verminderte Teilnahme am sozialen Leben und eine verminderte Teilnahme am Familienleben. Es ist kein Zufall, dass die Scheidungsquote gerade bei Polizeibeamten höher ist als bei der übrigen Bevölkerung. Sie müssen Einsätze durchführen, die zu posttraumatischen Störungen führen können. Und wir haben im Augenblick den Faktor "Gewalt gegen Polizeibeamte". Das ist also ein Beruf, der sehr hohe Anforderungen stellt.

Sie hören meine Klagen. Ich lese, dass der Innenminister gesagt hat, er verstehe nicht, dass die Opposition andauernd herumnörgelt. Dazu kann ich nur sagen: Nicht wir nörgeln. Ich bin wöchentlich bei Polizeidienststellen und muss immer wieder feststellen, dass die Polizeibeamten nörgeln.

(Beifall bei der SPD)

Was sie in ihrem Beruf ertragen müssen, gefällt ihnen nicht. Was mich wirklich – ich will nicht sagen – wundert, aber was ich total anerkennen muss – das begeistert mich, so muss ich es sagen –, ist Folgendes: Die Polizeibeamten klagen zwar, sind aber stolz auf ihren Beruf.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatssekretär, das bringt mich dazu zu sagen: Nehmen Sie unsere Anträge ernst, auch wenn sie jetzt abgelehnt werden. Was dort an Inhalt drin ist, sollte in der Polizeiarbeit endlich auch von Ihrer Seite aus zur Durchführung kommen. Deswegen sage ich: Wenn wir schon diese stolzen Polizeibeamten haben, die einen wichtigen Dienst für uns leisten, dann geben Sie den Polizeibeamten auch das, was sie verdienen, nämlich ein halbwegs anständiges, lebbares Berufs- und Familienleben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt darf ich der Frau Kollegin Schulze das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit zwei Zahlen beginnen. Im Jahr 2015 hat die bayerische Polizei über zwei Millionen Überstunden angehäuft. Wenn man das auf Überstunden pro Kopf umrechnet, sind das 62 Stunden pro Polizistin und pro Polizist. Diese Zahlen sind besorgniserregend. Aber ich möchte dazu den kleinen Hinweis geben, dass die Polizei schon in den Jahren zuvor recht belastet war und viel zu tun hatte. Der Kollege Gantzer hat

auf die Diskussion bezüglich der Ist- und Soll-Stellen hingewiesen. Wir haben diese Diskussion auch regelmäßig im Innenausschuss.

Das Jahr 2015 war für die bayerische Polizei besonders belastend. Das liegt an der allgemeinen Weltlage. Das liegt an dem G-7-Gipfel. Das liegt an den vielen Großveranstaltungen und natürlich an der alltäglichen Arbeit. Alle hofften, dass nach dem G-7-Gipfel endlich Normalität im Arbeitsalltag einkehren würde. Das ist aber nicht passiert. Jetzt ist es unsere Aufgabe zu schauen, wie wir die Belastung der bayerischen Polizistinnen und Polizisten reduzieren können. Da möchte ich einen deutlichen Hinweis an das Innenministerium richten: Da hilft es nicht, wenn man immer für die großartige Arbeit der Polizistinnen und Polizisten Danke sagt und warme Worte findet, sondern die bayerische Polizei braucht konkrete Maßnahmen, wie sie die Arbeitsbelastung reduzieren kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE haben in unserem Antrag gute Vorschläge aufgelistet. Die Debatte dazu im Innenausschuss war, ehrlich gesagt, unterirdisch. Ich kann nicht verstehen, warum die CSU-Fraktion da nicht mitgehen konnte.

Fangen wir mit dem ersten Punkt an. Wir GRÜNE möchten, dass zusätzliche Tarifbeschäftigte eingestellt werden. Wir finden es gut, dass jetzt mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden. Wir haben das mitgetragen. Wir alle hier im Landtag wissen aber: Die sind morgen natürlich noch nicht einsatzbereit, die müssen erst noch ausgebildet werden. Das ist auch richtig und gut so. Wir sagen aber, es wäre sinnvoll, zusätzliche Tarifbeschäftigte für die Verwaltung einzustellen. Damit könnten wir sofort und schnell die Polizei in Bayern entlasten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt ist das Thema Bereitschaftspolizei. Da fordern wir etwas, was in unseren Augen eigentlich selbstverständlich sein sollte. Wir hätten gerne, dass pro

Monat mindestens ein im Voraus planbares Wochenende verfügbar ist. Das ist wirklich nicht zu viel verlangt. Auch Herr Kollege Professor Dr. Gantzer hat schon ausgeführt, der Polizeiberuf ist nicht immer sozial kompatibel. Oft leidet das Sozialleben ganz erheblich darunter. Im Gespräch mit Polizistinnen und Polizisten ist das oft ein Kritikpunkt. Wir finden also, hier könnte man klare Regeln an die Belegschaft senden, damit zumindest das möglich ist. Wir wollen doch hoffentlich alle nicht, dass wir die Polizistinnen und Polizisten verschleißten.

Außerdem muss der massive Überstundenberg abgebaut werden, und zwar planbar und möglichst zeitnah. Wenn das nicht geht, dann muss man sich darüber Gedanken machen, ob man einen Teil der Überstunden vielleicht doch ausbezahlt. Wir können doch nicht wollen, dass die Polizistinnen und Polizisten diesen Überstundenberg mit sich schleppen. Das ist auch aus Arbeits- und Gesundheitsschutzgründen nicht zielführend.

Der vierte Punkt, den wir in unserem Antrag fordern, ist wirklich so schön. Ich wünsche, Sie könnten sich endlich einmal einen Ruck geben; denn dann könnten wir die bayerische Polizei massiv entlasten. Wir möchten, dass die Bayerische Staatsregierung Gesetzesinitiativen zur Entkriminalisierung von Bagatelldelikten erarbeitet.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist der falsche Ansatz!)

Es gibt viele gute Ideen, wie man die Polizei von unnötigem bürokratischem Aufwand entlasten kann. Einen Punkt haben wir hier schon regelmäßig angesprochen. Ich sage Ihnen, wir GRÜNEN werden diesen Antrag immer wieder stellen, bis auch Sie das endlich verstanden haben. Wir wollen beispielsweise, dass der Besitz von Cannabisprodukten zum Eigenbedarf bis zu sechs Gramm straffrei ist.

(Unruhe bei der CSU)

Das ist nicht nur eine Forderung von uns GRÜNEN, sondern das sagen auch viele Mitglieder der Polizeigewerkschaft, selbst der Anwaltsverein fordert das. Das wären

sinnvolle Optionen und Möglichkeiten, um die Polizei von bürokratischen Aufgaben zu entlasten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der letzte Punkt ist sehr, sehr wichtig, vor allem in der momentanen Situation. Wir brauchen eine fundierte Evaluation und eine Aufgabenkritik bei der bayerischen Polizei. Wir müssen wirklich schauen, welche Aufgaben vordringlich zu behandeln sind und wie Ressourcen umgeschichtet werden können. Das alles wären konkrete Punkte, wie wir die bayerische Polizei entlasten können. Ich habe im Innenausschuss die Argumente der CSU-Kollegen nicht verstanden, warum man sich gegen diese sinnvollen Forderungen stellt; denn sie würden der bayerischen Polizei wirklich helfen.

Jetzt aber komme ich zu einem sehr wichtigen Punkt. Noch weniger verstehe ich, wie die CSU immer wieder populistisch neue Forderungen aufstellt, was die Polizei noch alles bearbeiten soll. Heute wurde Herr Seehofer zitiert, der meinte: Wir sind nicht für den Grenzschutz zuständig, aber wir wären es gerne. – Da muss ich schon sagen: Man kann doch nicht auf der einen Seite der Meinung sein, dass die bayerische Polizei überlastet ist und wir schauen müssen, wie wir den Dienst familien- und gesundheitsverträglich machen können, ohne die innere Sicherheit in irgendeiner Form zu gefährden, wenn Herr Seehofer gleichzeitig auf der anderen Seite erklärt, er möchte die Landespolizei für den Grenzschutz einsetzen. Das ist einfach absurd.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist falsch, und das ist auch gesetzlich falsch, und das sollten doch gerade die juristischen Experten in der CSU-Fraktion wissen: Das geht gar nicht, weil die Bundespolizei für die Grenzsicherung zuständig ist. Ehrlich gesagt bin ich darüber sehr froh.

Zu den beiden Anträgen der SPD und der FREIEN WÄHLER: Wir haben schon im Innenausschuss darüber gesprochen; es sind sehr viele gute Punkte darin enthalten. Vieles überschneidet sich auch mit unserem Antrag. Sie haben in Ihren Anträgen aber

drinstehen, dass man die außerbayerischen Einsätze reduzieren sollte. Das finden wir GRÜNEN aber schwierig; denn gerade im Moment ist Solidarität sehr wichtig. Wir in Bayern waren beispielsweise beim G-7-Gipfel sehr froh, dass Polizistinnen und Polizisten aus anderen Bundesländern zu uns gekommen sind. Wir werden uns deshalb bei diesen beiden Anträgen wie schon im Innenausschuss der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Herrn Kollegen Ländner das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Liebe Frau Schulze, ich bin immer wieder begeistert zu hören,

(Zuruf von den GRÜNEN: Wir auch!)

wie Sie die Welt kennen und wir keine Ahnung haben.

(Heiterkeit bei der CSU)

Ich darf Ihnen vielleicht kurz von meiner Tochter erzählen, die vier Jahre älter ist als Sie. Sie ist Polizeibeamtin in Würzburg.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Bravo!)

Meine Tochter kann aufgrund der Möglichkeiten, die so freizügig sind wie in keinem anderen Bereich, insbesondere nicht in der freien Wirtschaft, nämlich auch aufgrund der Teilzeitarbeit, die beiden Enkelkinder – über die ich mich sehr freue – und ihren Dienst hervorragend in Einklang bringen.

(Beifall bei der CSU)

Was ich damit sagen will, ist Folgendes: Wir sollten hier nicht pauschalisieren. Die Einsatzbelastung, die die bayerische Polizei in vielen Teilen hat, sollten wir nicht zu einer Generalisierung verwenden und von einer Polizei sprechen, die frustriert, überlastet

und politisch nicht unterstützt irgendwo am Rande der Gesellschaft dahinvegetiert. Das Gegenteil ist der Fall. Wir sind stolz auf unsere Polizei, wir unterstützen unsere Polizei. Wir wissen, dass es in vielen Bereichen Spitzen der Belastung gibt. Diese Überlastung müssen wir als politisch Verantwortliche sukzessive abbauen. Da bin ich Ihnen, Herr Professor Dr. Gantzer, sehr dankbar, dass Sie seit vielen Jahrzehnten hier im bayerischen Parlament für unsere Polizei eintreten. Haben Sie aber bitte auch Verständnis; denn Sie haben vorhin etwas frustriert geklungen, als Sie sagten, dass wir Ihre Anträge ablehnen. Sie haben selbst darauf hingewiesen: Diese Anträge wurden im Dezember als Dringlichkeitsanträge eingereicht. Im Januar wurden sie im Innenausschuss behandelt, und heute stehen sie, auf Wunsch eines Antragstellers, zur Behandlung im Plenum an, was wir auch sehr gern tun.

Unsere Polizei ist gefordert. Die Zahl der Überstunden beträgt zwei Millionen bei 40.000 Polizeibeamten. Es wurden also pro Beamter 50 Überstunden gemacht, und das ist pro Woche eine. Eine Pauschalisierung bringt uns hier wirklich nicht weiter. Stattdessen müssen wir dort, wo es hart ist, helfen. Wir müssen dort Unterstützung leisten, wo es gilt zu entlasten. Eine Entlastung der Polizei kann man aber nicht par ordre du mufti machen.

In der Bundesrepublik Deutschland, die föderal aufgebaut ist, geht das nur in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern. So wird seit einigen Monaten – wenn auch erst seit Kurzem, wie ich leider zugeben muss – über die Entlastung der Polizei bei Schwertransporten gesprochen. Das wäre auch hilfreich, doch auch das liegt nicht in der Hand des Freistaats Bayern. Hilfreich wäre außerdem, wenn Atemalkoholtests anerkannt und diese bei Strafanzeigen gerichtsverwertbar würden, sodass keine Blutentnahmen mehr gemacht werden müssten. Hilfreich wäre auch, wenn man sich für Gefangenentransporte etwas überlegen könnte. Allerdings muss ich sagen – der Justizminister ist da –, das müsste dann die Justiz übernehmen, und zwar mit einer entsprechenden personellen Ausstattung und Ausbildung sowie mit besonderer Befugnis. Das sind Themen, über die wir reden können. Über einen Rückzug aus dem

Objekt- und Personenschutz muss die Polizei aber aufgrund ihrer eigenen fundierten und ihrer Ausbildung entsprechenden Lagebeurteilung selbst entscheiden. Wir, die Politik, müssen uns in diesen Fragen zurücknehmen.

(Beifall bei der CSU)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir können unsere Polizei nicht dadurch entlasten, dass wir in unserer Gesellschaft gewisse Dinge einfach freigeben. Ich spreche hier von den berühmten Bagatelldelikten wie Ladendiebstahl, Besitz von Rauschgift in geringen Mengen, Beleidigung und ähnliche Dinge. Wir können doch nicht sagen, weil unsere Polizei überlastet ist, sind Ladendiebstahl, Besitz von Rauschgift in geringen Mengen und Ähnliches straffrei. Da würden wir unserer Polizei und ihrem Ansehen doch einen Bärendienst erweisen.

(Beifall bei der CSU)

Das polizeiliche Einsatz- und Verfolgungsverhalten muss sich an Recht und Gesetz und nicht an der jeweiligen Anforderungslage orientieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Polizei braucht unsere Unterstützung. Sie braucht aber nicht unser Mitleid. Ich darf daher grundsätzlich feststellen, dass wir in den letzten Jahren kontinuierlich das gemacht haben, was als Bayerischer Landtag unsere vornehmste Aufgabe ist. Wir sind Haushaltsgesetzgeber, und wir haben in den letzten Jahren systematisch mehr Planstellen geschaffen und mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte eingestellt. Wir haben mehr und mehr Beförderungsstellen ausgebracht und viele andere Dinge. Sehr geehrte Damen und Herren, sicherlich kann man sagen: Mehr ist immer besser. Da bin ich Ihrer Meinung, was die Polizei betrifft. Ich teile auch Ihre Meinung, die wir heute ja den ganzen Tag schon gehört haben. Was haben wir heute gemacht? – Die drei großen "B": Bildung, Bauern, Polizei.

(Allgemeine Heiterkeit)

Und überall heißt es: mehr Geld! Überall fordern Sie Millionen und Abermillionen mehr. Letztendlich, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition – und auch das gestatten Sie mir –, ist es natürlich Ihr gutes Recht, in jedem Bereich immer mehr zu fordern. Wenn es aber um die Abstimmung über das Haushaltsgesetz geht, dann lehnen Sie immer ab, und wir müssen es verantworten.

(Hans Herold (CSU): So ist es!)

Ich meine, wir werden dieser Verantwortung gerecht – das beachtend, was ich vorhin gesagt habe: Ein Mehr ist natürlich immer besser.

Ich könnte Ihnen eine ganze DIN-A4-Seite mit Zahlen vorlesen: 41.370 Stellen, Personal wie nie zuvor, seit Dezember 2015 925 zusätzliche Stellen, seit 2007 3.635 Polizeistellen mehr, ein Plus von 10 %, Zuteilung von insgesamt 1.070 neu ausgebildeten Polizisten an die Inspektionen; im Vergleich dazu: etwa 800 Beamte erreichen die Ruhestandsaltersgrenze, 2010 bis 2015 mehr als 7.800 Nachwuchskräfte eingestellt bei rund 4.500, die in Ruhestand gehen, ein Plus von rund 3.300 Polizeibeamten. – Diese Zahlen kennen Sie, sehr geehrte Damen und Herren. Diese Zahlen sind fiskalisch herausfordernd. Wir freuen uns – ich könnte die Seite noch zu Ende lesen –, dass wir das als Verantwortliche im Bayerischen Landtag, insbesondere der Haushaltsausschuss, und die Bayerische Staatsregierung tun konnten. Es wäre natürlich auch äußerst hilfreich, wenn die Damen und Herren auf der Seite der GRÜNEN und der SPD in den Ländern, in denen sie Verantwortung tragen, ebensolche Zahlen vorweisen könnten. Wenn in anderen Bundesländern Polizei nicht abgebaut, sondern aufgestockt würde wie hier in Bayern, dann hätten wir die komfortable Lage, vielleicht nicht ganz so viele Unterstützungseinsätze leisten zu müssen wie derzeit.

(Beifall bei der CSU)

Die Polizei entlasten. – Wir werten und verstehen Ihren Redebeitrag, Herr Professor Dr. Gantzer, durchaus auch als Aufforderung an unsere Polizeiverwaltung, die Entlastung als ständige Aufgabe zu betrachten. Unsere Polizei braucht aber nicht nur die

Entlastung von Aufgaben, nicht nur mehr Geld für Personal und Beförderungen, sondern unsere Polizei braucht auch politische Unterstützung. Es ist wenig hilfreich, wenn zum Beispiel der bayerische GRÜNE Toni Hofreiter im Deutschen Bundestag von institutionellem Rassismus bei der Polizei spricht. Obwohl bei den Gewerkschaftsversammlungen immer Lippenbekenntnisse zu unserer Polizei abgegeben werden, ist das politische Handeln von Misstrauen gegenüber unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten geprägt.

(Beifall bei der CSU)

Ich stelle hier im Hohen Haus zum wiederholten Male fest: Fehlverhalten einzelner Beamtinnen und Beamten muss streng verfolgt werden. Aber das, was wir vielfach erleben, nämlich vorseilendes Misstrauen gegenüber unserer Polizei, ist unangebracht. Ich stelle weiter fest: Unsere Polizei nicht erst dann, wenn es gerechtfertigt ist, sondern regelmäßig nach Einsätzen mit Anträgen und Anfragen zu überziehen, was bis hinunter in die einzelne Dienststelle kiloweise Papier verursacht, ist nicht der richtige Weg im Umgang mit unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

Ich möchte schließen, sehr geehrte Damen und Herren, mit einem Ja zu der Feststellung, dass sich unsere Polizei großen Herausforderungen gegenüber sieht. Ich muss ebenso feststellen, dass sich unsere Gesellschaft und die Anforderungen in den letzten Monaten mit einer Rasanzen entwickelt haben, die vermutlich niemand voraussehen konnte. Diese Rasanzen macht es der Bereitschaftspolizei gänzlich unmöglich, in der Ausbildung nachzuschieben.

Ich darf der Bereitschaftspolizei ein herzliches Wort des Dankes sagen, die mit unerhörter Anstrengung ausgebildet. Ich darf Dank sagen für die enorme Ausbildungsleistung, damit die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für ihren Dienst gut gerüstet sind.

Ich darf auch Dank all denen sagen, die die Herausforderungen im letzten Jahr gemeistert haben. Sehr geehrte Damen und Herren, es werden vermutlich nicht weniger

Herausforderungen für unsere Gesellschaft und für unsere Polizei. Ich bin froh, dass für die nächsten Jahre geplant ist, mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einzustellen, als in den Ruhestand gehen werden. Ich bin dafür, dass der Bayerische Landtag die bayerische Polizei mit Vertrauen und nicht mit Misstrauen begleitet und immer ausreichend Mittel zur Verfügung stellt.

Die Anträge lehnen wir ab. Ja, wir beschäftigen uns mit unserer Polizei, geben ihr die notwendigen Mittel und sorgen dafür, dass sie ihren Dienst ordentlich verrichten kann.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Herr Kollege Hanisch, die Fraktionen sind mit Ihrer Nachmeldung einverstanden. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Danke dafür, dass wir unseren Beitrag an den Schluss stellen konnten.

Ich glaube, die innere Sicherheit ist ein ganz wichtiges Thema. Viele andere Länder beneiden uns um die Sicherheit, die wir hier in Deutschland und in Bayern haben. Ich glaube, was wir an innerer Sicherheit in Bayern anbieten, ist einmalig in Europa. Weltweit liegen wir damit an der Spitze. Das haben wir denen zu verdanken, die für uns tätig sind: unserer bayerischen Polizei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, innere Sicherheit ist die grundlegende Voraussetzung dafür, dass wir alle friedlich in unserer Gesellschaft leben können. Was die Polizei in den letzten Monaten zusätzlich leisten musste, ist enorm. Denken Sie an die Mammutaufgabe des G-7-Gipfels, die hervorragend gemeistert wurde. Natürlich war auch die Bundespolizei mit dabei; aber die Arbeit, die von der bayerischen Polizei zu leisten war, war enorm.

Es ist die Grenzsicherung, wo wir in der Schleierfahndung wesentlich aktiver tätig sein müssen, als wenn wir die Bundespolizei an unseren Grenzen zur Kontrolle hätten. Überstunden fallen auch an, weil unsere Polizei unverhältnismäßig häufig in anderen Bundesländern, die ihre eigene Polizei abgebaut haben, eingesetzt wird. Wir sollten uns einmal überlegen, ob wir das so weitermachen wollen oder ob wir auch mal Nein sagen, wenn entsprechende Anforderungen kommen. Die zahlreichen Fußballspiele fordern die Polizei immer wieder. Bei der Polizei kommen immer wieder zu kurz: die Familie und die Freizeit.

Meine Damen und Herren, all das sind Gründe für die drei Anträge, die heute gestellt wurden. Ich darf es vorwegnehmen: Ich habe den Eindruck, sie sind wieder von der falschen Seite gestellt worden. – Herr Ländner, Sie schütteln den Kopf.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Immer die gleiche Mär von euch!)

Mit Ihren Ausführungen hätten Sie die drei Anträge genauso gut vertreten können. "Wir brauchen", war Ihr Schlusssatz, "mehr Geld für die Polizei." Mehr Geld in die Polizei zu investieren, das genau ist die Forderung der drei vorliegenden Anträge. Dann stimmen Sie doch bitte auch zu!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Einsatzbelastung der bayerischen Polizei ist enorm. Sie wird immer höher, und da müssen wir einfach sagen: Selbst wenn neue Polizeianwärter eingestellt werden, dauert es drei Jahre, bis sie verfügbar sind. Das ist nichts Neues; das wissen wir seit Jahren. Da muss ich halt rechtzeitig etwas mehr Polizeibeamte einstellen.

Richtig ist, dass wir mit 41.370 Stellen so viel Polizei haben wie nie zuvor; aber wir sollten auch bedenken, dass die Polizei in Bayern noch nie so viele Aufgaben zu bewältigen hatte wie heute. Deshalb ist diese Steigerung allein durch die Mehrbelastung gerechtfertigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, die hohe Motivation, mit der unsere Polizei an ihre Arbeit herangeht, schätze ich immer wieder. Dabei riskieren die Polizeibeamtinnen und -beamten ihre eigene Gesundheit; denn so ungefährlich sind diese Einsätze auch nicht. Ich möchte eindringlich bitten: Verheizen wir unsere Polizeibeamtinnen und -beamten nicht. Die große Anzahl von Überstunden legt diesen Schluss allmählich nahe.

Das sage ich insbesondere im Hinblick auf eine Meldung, die ich vor einigen Tagen mit Verwunderung zur Kenntnis genommen habe. Medienberichten zufolge werden im Innenministerium Vorüberlegungen angestellt, wie innerhalb von wenigen Stunden wieder umfassende Grenzkontrollen durch unsere bayerische Polizei durchgeführt werden könnten. Das mag – da waren sich alle Fachleute einig – mal eine Woche gut gehen, das kann 14 Tage gut gehen. Das ist aber keine Daueraufgabe, die von der bayerischen Polizei in dieser Form gelöst werden kann. Insofern sage ich: Da müssen wir mit Fingerspitzengefühl vorgehen. Wir haben die Möglichkeit der Schleierkontrolle. Diese Aufgabe können wir hervorragend leisten. Aber überlasten wir unsere Polizei nicht mit solchen zusätzlichen Aufgaben!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIEN WÄHLER wissen natürlich auch, dass es in der derzeitigen Situation kein Wundermittel gegen die hohe Einsatzbelastung der Polizei gibt, und wünschen uns dennoch, dass die Staatsregierung unsere Vorschläge aus dem Dringlichkeitsantrag umsetzt. Wenn sie in ein paar Monaten als eigener Antrag von der CSU kommen, kann uns das auch recht sein. Aber grundsätzlich meine ich: Wir müssen die Überbelastung der Polizei sehen und etwas dagegen tun. Vielleicht kann man auch überlegen, ob man die Polizeianwärter am Ende ihrer Anwärterzeit schon mit für Polizeiaufgaben einsetzt. Ich weiß nicht, inwieweit das aus Sicht der Polizei möglich ist. Das würde vielleicht kurzfristig etwas helfen.

Zum Abschluss darf ich allen Polizeibeamtinnen und –beamten ganz, ganz herzlich für die vorbildliche Arbeit danken, die sie für unsere Gesellschaft leisten. Sie macht Bayern zum sichersten Bundesland. Ich komme gerade aus einem Land, in dem Sicherheit zwar auch groß geschrieben wird; seine Bürgerinnen und Bürger beneiden aber uns alle um die Sicherheit und um die Erfolge, die wir in Bayern haben. Setzen wir das nicht leichtfertig aufs Spiel!

Deshalb bitte ich Sie um Unterstützung für diese Dringlichkeitsanträge. Wir werden dem SPD-Antrag selbstverständlich zustimmen. Wir finden auch den Antrag der GRÜNEN hervorragend. Aber Sie wissen, weshalb wir ihm nicht zustimmen können: Wir haben bei Rauschgift halt eine andere Meinung als die GRÜNEN, und Sie waren nicht bereit, diesen Punkt aus dem Antrag herauszunehmen. Insofern kann ich hier keine Zustimmung signalisieren. Ich bitte Sie um Zustimmung für unseren Antrag.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Frau Kollegin Schulze möchte ihre Redezeit von einer Minute und zehn Sekunden noch nutzen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Ja. Ich kann's auch ganz kurz machen. Ich wollte Herrn Ländner noch schnell das Thema Entkriminalisierung von Bagatelldelikten in unserem Antrag erklären. Nehmen wir Ladendiebstahl als Beispiel. Wir behaupten nicht und haben das auch nie getan, dass ein Ladendiebstahl nicht mehr geahndet werden soll, sondern sind der Meinung, dass man den Ladendiebstahl beispielsweise unter gewissen Umständen von einer Straftat zur Ordnungswidrigkeit abstufen kann.

(Thomas Kreuzer (CSU): Warum? – Das ist Quatsch!)

Das hätte viele Vorteile: eine Modernisierung des Strafrechts und eine Entlastung der Justiz und der Polizei. Und, Herr Ländner, wenn Sie uns GRÜNEN da nicht glauben, dann glauben Sie vielleicht dem Deutschen Anwaltverein. Da sitzen ganz viele Strafrechtsexpertinnen und Strafrechtsexperten; die haben diese Forderung auch schon mal aufgestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Staatssekretär Eck für die Staatsregierung ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein schöner Tag für die bayerische Polizei, für die innere Sicherheit im Freistaat Bayern. Ich bin, wenn ich das so sagen darf, sehr glücklich und sehr angetan; denn ich darf seit 1998 in diesem Parlament mitarbeiten und bin von der heutigen Debatte begeistert. Wir haben an dieser Stelle schon ganz andere Debatten geführt, in denen man das Haar in der Suppe gesucht hat, um der Polizei irgendwie nachsagen zu können: Das war falsch gemacht, und das war falsch gemacht; so oder so wäre es richtig gewesen. – So gesehen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, erleben wir doch heute die schöne Situation, dass unsere Polizei rundum gelobt wird. Herzlichen Dank an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Vieles ist heute angesprochen worden, Gott sei Dank in einem sehr angemessenen und anständigen Ton. Und deshalb versuche ich auch, die Dinge so darzustellen, dass ich nichts wiederhole. Jedoch muss man vom Grundsatz her schon feststellen, dass die Belastung unbeschreiblich hoch war. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz besonders auch von der Opposition: Es wäre halt alles viel einfacher, wenn man besser planen könnte. Wir sind ganz kurzfristig vom G-7-Gipfel überrascht worden und hatten nur wenige Monate Vorlauf. Überlegen Sie einmal, was der G-7-Gipfel letztendlich für die bayerische Polizei bedeutet hat: 18.000 Kräfte wurden eingesetzt. Die Belastung ging bis runter in alle Polizeidienststellen und war unbeschreiblich hoch. Teilweise war ein Viertel der Kollegenschaft dort im Einsatz.

Auch das Thema Flüchtlinge muss im Rahmen der heutigen Debatte angesprochen werden. 750.000 Flüchtlinge sind letztendlich über Bayern gereist; das musste organi-

siert, gemanagt, gelenkt und gesteuert werden. Das macht man halt nicht einfach so; so etwas ordnet man nicht einfach an. Vielmehr sind für diese Aufgaben Polizeibeamtinnen und -beamte unabdingbar. Wenn Sie letztendlich auch noch auf die fürchterliche Situation in Frankreich schauen, sehen Sie, dass polizeiliche Einsätze nicht planbar sind. Die Bedrohung hat Deutschland erreicht: Zum Jahreswechsel 2015/16 gab es konkrete Anschläge in Deutschland. Sie führten in der Silvesternacht zur Sperrung des Münchener Hauptbahnhofs und des Bahnhofs Pasing. Das ist mit einem so großen Personaleinsatz und mit einem solchen Engagement verbunden, dass man es hier gar nicht deutlich machen kann. Meine Damen und Herren, ich will dazu nur einige wenige Zahlen nennen: 2015 hatten wir 17.246 Einsätze,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

17.246 Einsätze alleine in Asylbewerberunterkünften hier bei uns im Freistaat Bayern. Die Zahl ist um 270 % angestiegen. Das müssen wir uns einmal vor Augen halten. Dazu kommen – und auch das muss diskutiert werden – die Einsätze im Zusammenhang mit der Pegida-Bewegung. Gucken wir Pegida München an: Letztendlich haben wir da einmal wöchentlich sich fortbewegende Versammlungen, täglich gibt es noch eine stationäre Versammlung am Marienplatz in München. Auch das muss organisiert werden und bindet Hunderte von Einsatzkräften. Auf die Fußballspiele will ich gar nicht mehr eingehen.

Last but not least komme ich zunächst der Folge der Redner entsprechend zu Herrn Professor Dr. Gantzer. Lieber Herr Dr. Gantzer, Sie haben an dieser Stelle den Stellenzuwachs im Verhältnis zur Steigerung der Einwohnerzahl angesprochen. Ich bin schon glücklich und froh darüber, dass ich betonen darf: Mit 41.370 Stellen hat die bayerische Polizei so viel Personal wie noch nie zuvor. Die Steigerung der Polizeistellen liegt umgerechnet weit über der Steigerung der Einwohnerzahl. Ich denke, da haben wir doch ganz gut Schritt gehalten, liebe Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Herr Dr. Gantzer, Sie haben auch die Frage nach der Wertschätzung für die Polizei, letztendlich für den Beruf des Polizisten in unserer Gesellschaft aufgeworfen. – Sie haben recht; Sie werden von uns, von der Fraktion auf der rechten Seite aus meinem Blickwinkel volle Unterstützung bekommen. Ich bin dankbar dafür, dass Sie das so deutlich angesprochen haben. Wir im Freistaat Bayern können da noch glücklich sein: Auf eine einzige Stelle, die bei der Polizei ausgeschrieben ist, bekommen wir sechs Bewerbungen. Darüber können wir uns glücklich schätzen. In keinem anderen Land stehen für eine ausgeschriebene Stelle sechs Bewerber zur Verfügung.

Auch hinsichtlich der Entlohnung, der Bezahlbarkeit und der Wertschätzung bin ich glücklich. Ich bin oft auf bundesweiten Konferenzen und rede dort mit den Kolleginnen und Kollegen Ministern und Staatssekretären anderer Länder. Sie müssten mir ein weiteres Land nennen, das eine bessere Besoldung und eine bessere Freizeitregelung für die Kolleginnen und Kollegen hat als der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin glücklich und froh darüber, dass wir solche Bedingungen zur Verfügung stellen können.

Ich muss auch noch den Kollegen Hanisch ansprechen. Sie haben dies deutlich zum Ausdruck gebracht. Ich bin froh darüber, dass es von unserer Fraktion nicht so deutlich angesprochen worden ist. Was wir hier an Sicherheit aufbieten, so der Kollege Hanisch, ist einzigartig und bewundernswert. So haben Sie es zum Ausdruck gebracht; darüber bin ich froh.

Die innere Sicherheit – so betrachten wir es, liebe Kolleginnen und Kollegen – ist bei uns im Freistaat ein Grundrecht. Bayern ist lebenswert und lebenswert, hier kann man sich geborgen fühlen. Ich meine, das ist auch ein Fundament der Entwicklung, die wir im Freistaat Bayern erleben können.

Ich möchte an dieser Stelle noch darauf hinweisen, dass dies nur im partnerschaftlichen Miteinander möglich ist. Ich habe die Fußballspiele, die Terroreinsätze und auch den G-7-Gipfel angesprochen. Die Kollegin hat schon darauf hingewiesen, dass wir in anderen Ländern aushelfen. Man muss aber auch sagen, dass beim G-7-Gipfel alle anderen Länder bei uns ausgeholfen haben. Uns hat die Bundespolizei geholfen. Wir sehen es als unsere Verpflichtung an, anderen Ländern zur Seite zu stehen. Im Jahr 2014 hatten wir 14 Einsätze in anderen Ländern. Im Jahr 2013 hatten wir elf Einsätze in anderen Ländern. Beim G-7-Gipfel wurden wir von 6.000 Polizisten von der Bundespolizei und aus anderen Ländern unterstützt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie haben gesagt, dass wir reagieren müssten. In Ihren Anträgen haben Sie Forderungen aufgestellt. Ich meine aber, wir können diesen Anträgen nicht zustimmen, weil ihre Anliegen letztlich bereits erfüllt worden sind.

Auch von der Bezahlung von Mehrarbeit ist geredet worden. Im Jahr 2015 waren dies 113.099 Stunden. Das hat sich um 75.000 Stunden gesteigert. Meine Damen und Herren, hierfür sind 876.203 Euro bezahlt worden. Das entspricht im Verhältnis zum letzten Jahr einer Steigerung von 30 %. Es ist angekommen und auch umgesetzt worden, dass die Mehrarbeit bezahlt wird. Wenn man den G-7-Gipfel noch dazunimmt, sind wir bei einer Vergütung von 2.138.077 Euro.

Selbstverständlich müssen wir auch immer wieder über die Struktur nachdenken. Wenn wir die Struktur verbessern, dann müssen wir das Ganze ein Stück weit gleitender und griffiger machen. Mit den Situationen, bei denen sich die Anforderungen in Bezug auf Personaleinsätze geändert haben, müssen wir anders umgehen. Das darf dann nicht torpediert und nicht mit brachialer Gewalt bekämpft werden, sondern wir sollten konstruktiv über diese Dinge nachdenken.

Meine Damen und Herren, ich will damit sagen: Wir optimieren ständig die Geschäftsprozesse. Wir haben zusätzliche Stellen geschaffen. Ich brauche die Zahlen nicht zu wiederholen, weil sie heute schon dreimal genannt worden sind.

Ich darf an dieser Stelle auch sagen, dass man darüber nachdenkt, Arbeiten abzugeben, die nicht unbedingt hoheitliche Aufgaben sind, wie zum Beispiel die Begleitung von Schwertransporten und Ähnliches. Insofern können wir für unser gut ausgebildetes Personal, für unsere Beamtinnen und Beamten, zusätzliche Freiräume schaffen.

Last but not least: Auch das freie Wochenende, das angesprochen worden ist, ist bei uns bereits in der Einsatzplanung vorgesehen. Ich muss aber an dieser Stelle sagen: Wenn Herausforderungen wie Terroreinsätze und Ähnliches dazwischenkommen, dann ist das nicht immer einzuhalten.

In diesem Sinne meine ich noch einmal deutlich gemacht zu haben, dass die von Ihnen geforderten Dinge bereits auf den Weg gebracht worden sind. Ich möchte herzlich darum bitten, dass wir die Leistungen unserer Polizei nicht herunterreden, sondern dass wir gemeinschaftlich daran arbeiten. Unterstützen Sie uns bei den Haushaltsberatungen, damit wir die entsprechenden finanziellen Freiräume bekommen.

Herzlichen Dank für die positive Stimmung, die unsere Polizei vom Grundsatz her von diesem Parlament erfahren darf.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Anträge werden dazu wieder getrennt. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt alle drei Dringlichkeitsanträge zur Ablehnung.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/9399 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion und Fraktion der FREI-

EN WÄHLER. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/9377 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/9400 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – CSU-Fraktion und SPD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme nun zurück zu Tagesordnungspunkt 10. Es geht um den Antrag der SPD-Fraktion: "Ämter für ländliche Entwicklung stärken – Stärkung der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Freistaat Bayern" auf Drucksache 17/8988. Hierzu wurde namentliche Abstimmung beantragt. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Die Abstimmung ist eröffnet. Fünf Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 18.08 bis 18.13 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis außerhalb des Saals zu ermitteln.